

Bundshaushalt 2007

Auf klarem Konsolidierungskurs

Der Dreiklang der CDU/CSU-geführten Großen Koalition aus Sanieren, Investieren und Reformieren erweist sich immer deutlicher als richtig. Der in dieser Woche im Deutschen Bundestag verabschiedete Bundshaushalt 2007 ist ein wichtiger Fortschritt auf dem unabweislich notwendigen Konsolidierungskurs. An diesem Kurs muss festgehalten werden. Bis zu einem Haushalt ohne neue Schulden ist es noch ein weiter Weg.

Niedrigste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung

Die geplante Neuverschuldung des Bundes im nächsten Jahr ist so niedrig wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Verschuldungsgrenzen des Grundgesetzes und des Euro-Stabilitätspakts werden seit Jahren erstmalig wieder eingehalten:

Seit Jahren wieder höhere Investitionen als neue Schulden

Zum ersten Mal seit fünf Jahren werden 2007 die Investitionen mit rund 24 Mrd. Euro wieder über der Nettokreditaufnahme von 19,6 Mrd. Euro liegen. Dies kommt vor allem dem Ausbau der Infrastruktur zu gute. Gestärkt werden von einer veränderten Haushaltsstruktur zudem wichtige Zukunftsaufgaben wie Forschung und Bildung. Vom neuen Familiengeld profitieren alle jungen Eltern.

Mit einer Neuverschuldungsquote von 2 bis 2,2 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt wird Deutschland in diesem Jahr erstmals seit 2001 die Defizitregeln des Euro-Stabilitätspakts wieder einhalten. Im nächsten Jahr wird das Staatsdefizit weiter deutlich auf 1,5 Prozent reduziert.

Sinkende Lohnzusatzkosten

Bei aller Konzentration auf das Erreichen ihrer ehrgeiziger Sanierungsziele setzt die CDU/CSU-geführte Regierungskoalition wichtige Signale zur Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen. Trotz eines Anstiegs der Beiträge zur Renten- und

Krankenversicherung wird es bei den Sozialversicherungsbeiträgen unter dem Strich im nächsten Jahr für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Entlastung von deutlich über einem Prozent kommen. Dafür sorgt die Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf dann 4,2 Prozent. Durch die Aufstockung der Bundeszuschüsse an die gesetzliche Krankenversicherung um eine auf 2,5 Mrd. Euro werden die erwarteten Beitragserhöhungen in diesem Bereich zudem abgefedert.

Marschrichtung stimmt

Die politischen Kennziffern des Bundesetats 2007 untermauern: Die Marschrichtung stimmt. Die erfreuliche Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Konsolidierungskurs energisch fortgesetzt werden muss. Gerade in Zeiten höherer Steuereinnahmen als Folge der positiven Konjunkturentwicklung gilt es Vorsorge zu treffen. Deshalb ist es konsequent, die erwarteten Steuermehreinnahmen ganz überwiegend zur Absenkung der Neuverschuldung einzusetzen.

Um den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen, muss der Konsolidierungskurs entschieden fortgesetzt werden. Manche Belastungen wie die notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer werden in einem neuen Licht erscheinen, wenn die Menschen spüren, dass ihre Anstrengungen positive Effekte haben: Bei Wachstum, Arbeitsplätzen und im Kampf gegen die Staatsverschuldung.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

vor genau einem Jahr nahm die CDU/CSU-geführte Große Koalition mit der Wahl von Angela Merkel zur ersten Bundeskanzlerin ihre Arbeit auf - Zeit also für eine erste Zwischenbilanz.



Mit Fug und Recht dürfen wir feststellen, solide Arbeit zu leisten. Zu unseren wichtigsten Erfolgen gehört die Überwindung der jahrelangen Stagnation unserer Wirtschaft. Die wirtschaftliche Großwetterlage ist so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Der Teufelskreis aus wachsender Massenarbeitslosigkeit, rückläufigen Staatseinnahmen und ausufernden Schulden ist durchbrochen. Die Trendwende ist offenkundig. Betriebe und Verbraucher blicken wieder optimistischer in die Zukunft.

Wer den Rückgang der Arbeitslosenzahlen um fast eine halbe Millionen binnen Jahresfrist voraussagen gewagt hätte, der wäre als unbelehrbarer Zweckoptimist belächelt worden. Alle Zeichen deuten auf ein Anhalten des Aufschwungs auch im kommenden Jahr.

Bei allen Erfolgen besteht für Euphorie jedoch kein Anlass. Zwischen positiver ökonomischer Bestandsaufnahme und allgemeiner politischer Stimmung besteht eine unübersehbare Diskrepanz - selbst bei vielen unserer politischen Anhänger. Es gab und gibt für die CSU jedoch keine verantwortbare Alternative zur Großen Koalition. Erfolgreiche Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern und Deutschland lässt sich in der Regierungsmitverantwortung allemal besser leisten als in der Opposition. Und dass wir erfolgreich sind, zeigen alle wichtigen Entscheidungen - von der Familienpolitik bis zur Steuerpolitik. Sie allesamt tragen die Handschrift der CSU. An diesen Erfolgen werden wir beharrlich anknüpfen.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Müller MdB

Kindergeld und Kindergartenplätze

Familienleistungen nicht gegeneinander ausspielen

Die Bereitstellung unentgeltlicher Kindergartenplätze ist familienpolitisch sicher ein wünschenswertes Projekt. Die Notwendigkeit des Ausbaus von Angeboten zur Kindertagesbetreuung steht außer Frage. Eine Kürzung bzw. ein Verzicht auf erforderliche Anpassungen des Kindergeldes kommt für die CSU jedoch nicht in Frage.

Das Verfassungsgericht schreibt die steuerliche Freistellung des Existenzminimums für Kinder zwingend fest. Kinderfreibetrag bzw. alternativ das Kindergeld stehen mithin nicht zur freien Disposition des Gesetzgebers. Bloße Umschichtungen zur Finanzierung gebührenfreier Kindergartenplätze führen in der Mehrzahl der Fälle nur zu einer Umverteilung von der rechten in die linke Tasche. Einkommensschwache Familien würden eher zu den Verlierern zählen, da sie ohnehin schon heute Kin-

dergartenplätze kostenlos oder zumindest zu moderaten Gebühren in Anspruch nehmen können.

entscheiden, ob sie ihre Kinder in Kindergärten schickt oder nicht. Wer den kostenlosen Kindergartenbesuch für alle will, der muss eigene Wege der Finanzierung aufzeigen.



Die Große Koalition hat sich ohnehin vorgenommen, den Gesamtkomplex der Familienförderung überprüfen zu wollen. Die Frage unentgeltlicher Kindergartenplätze muss in diese Prüfung einbezogen werden. Mit dem gegenseitigen

Ausspielen familienpolitischer Leistungen wird es dabei nicht getan sein.

Grundsätzlich sollte auch in Zukunft gelten: Jede Familie soll selbst

Diese Woche

Bundshaushalt 2007

Auf klarem Konsolidierungskurs S. 1

Kindergeld und Kindergartenplätze

Familienleistungen nicht gegeneinander ausspielen S. 2

Integrationspolitik

Erlernen deutscher Sprache eine Bosheit gegenüber Einwanderern? S. 2

Dr. Peter Ramsauer in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages: Der Kurs stimmt! S. 3/4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin - Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Integrationspolitik

Erlernen deutscher Sprache eine Bosheit gegenüber Einwanderern?

In verblüffender Weise hat der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, seine integrationsfeindliche Grundhaltung offenbart. In einem Brief an Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan forderte Kolat diesen auf, „das neue Vorhaben der deutschen Regierung in Bezug auf die Familienzusammenführung nicht zu unterstützen“.

In seinem Schreiben, veröffentlicht am 18.11.2006 in der türkischen Zeitung Hürriyet, versteigt sich Kenan Kolat zu der Aussage, dass eine der zentralen Voraussetzung für den Familiennachzug, nämlich das Erlernen von einfachen deutschen Sprachkenntnissen „eine der größten Bosheiten gegenüber unseren hier lebenden Menschen wäre“. Wenn sich diese Geisteshaltung durchsetzt, sind alle Integrationsbemühungen vergebens. Das Beispiel von Herrn Kolat darf keine Schule machen. Es ist schlicht indiskutabel.

ein ernsthafter Ansprechpartner der Politik in wichtigen integrationspolitischen Fragen sein, muss er seine verquerten Feindbilder so schnell wie möglich revidieren.

Integrationsverweigerung fördert Parallelgesellschaften und schadet dem gesellschaftlichen Miteinander von deutschen und ausländischen Mitbürgern. Nur über ein Mindestmaß an Deutschkenntnissen kann Integration gelingen. Denn wie sollen z.B. Eltern ihre Kinder sprachlich auf die Schule vorbereiten können, wenn sie diese selber nicht einmal in Grundzügen sprechen. Mangelnde Deutschkenntnisse führen in die Isolation.

Will Herr Kolat als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland

Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag

Dr. Peter Ramsauer: Der Kurs stimmt!

In der abschließenden Debatte zum Bundeshaushalt 2007 zog der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ein positives Fazit des ersten Jahres der Großen Koalition. „Der Kurs stimmt und muss konsequent fortgesetzt werden“, stellte Dr. Peter Ramsauer fest. Zugleich beschrieb er die kommenden Aufgabenstellungen und forderte die Fortsetzung einer konzentrierten und ergebnisorientierten Sacharbeit. In seinem Debattenbeitrag führte Dr. Peter Ramsauer u. a. aus:

Die Debatte dieser Woche über den Haushalt 2007 ist eng verknüpft mit einer Bewertung des ersten Jahres der Großen Koalition. Beides - die Haushaltsdaten und die Ergebnisse des ersten Jahres - sind Schritte in die richtige Richtung. Deutschland steht im ersten Jahr der neuen Regierung besser da als in den letzten Jahren der alten. Das ist, worauf es ankommt. Unsere Politik ist darauf gerichtet, dass es weiter aufwärts geht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel steht für einen neuen Stil der Politik

Sie misst Politik nicht an Schlagzeilen, sondern an Ergebnissen. Sie hat den Mut, um Kompromisse zu ringen, bis ein Konsens erreicht ist. Deutschland ist mit ihrer Führung auf dem richtigen Weg.

Bundesminister Michael Glos kann auf bessere Wirtschaftsdaten verweisen als jeder andere Wirtschaftsminister in den vergangenen 15 Jahren. Die Wirtschaftsforscher ermitteln eine stabil gute Konjunkturerwartung. Das Geschäftsklima war lange nicht so gut, wie es für die kommenden Monate eingeschätzt wird.

Bundesminister Horst Seehofer trägt Zuversicht in die ländlichen Räume. Er beweist: eine zukunftsweisende Agrarpolitik wird mit der Landwirtschaft gemacht – nicht gegen die Bauern. Erneuerbare Energien erschließen den Landwirten nachhaltige neue Perspektiven.

Gesundheitsreform

In der Gesundheitspolitik ist die Große Koalition von unterschiedlichen Ausgangspunkten gemeinsam einen neuen Weg gegangen. Es gibt kein Zurück zu einer Gesundheitspolitik ideologischer Kampfbegriffe. Der Gesundheitsversorgung kann das nur gut tun.

Die Gesundheitsreform der Großen Koalition dient den Versicherten. Die Ausgaben von gesetzlicher und privater Krankenversicherung sowie die sonstigen Aufwendungen für die Gesundheit summieren sich auf rund 250 Mrd €. Die Gesundheitsreform stärkt die Wachstumspotentiale einer führenden Branche in Deutschland – damit für alle eine gute Gesundheitsversorgung bereit steht.

Haushalt 2007 ist wichtiger Schritt zur Konsolidierung

Der Haushalt 2007 ist ein Haushalt der Konsolidierung. Ein guter Entwurf wurde in der Beratung noch besser:

- ◆ Die Neuverschuldung wurde noch stärker gesenkt
- ◆ Die Investitionen werden weiter erhöht
- ◆ Die Kommunen werden noch stärker entlastet.

Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck

Den Weg zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen hat auch die Deutsche Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht ausdrücklich anerkannt.

Die Haushalte der Bundesagentur für Arbeit und der Rentenversicherung weisen erstmals seit Jahren wieder deutliche Überschüsse auf. In den Haushalten der Gebietskörperschaften ist die erste Etappe der Sanierung erfolgreich bewältigt.

Im Bundeshaushalt 2006 liegt das Defizit statt der geplanten 38 Mrd € bei unter 30 Mrd €. Im Bundeshaushalt 2007 sind es rund 19,6 Mrd € statt der veranschlagten 22 Mrd € Euro.

Schon im laufenden Jahr hält Deutschland die Defizitgrenze von Maastricht wieder ein. Und ab dem kommenden Jahr werden im Bundeshaushalt auch wieder die Vorgaben des Grundgesetzes eingehalten.

Die Zahlen sind jedoch kein Anlass, um die Hände in den Schoß zu legen. Im Gegenteil: Die finanzpolitischen Handlungsspielräume des Bundes bewegen sich nach wie vor in der Nähe der Null-Linie. Es gibt nichts zu verteilen. Angesichts begrenzter Privatisierungsspielräume besteht der Zwang zur weiteren Rückführung des Defizits unverändert.

Die Vorgaben des Grundgesetzes zur Begrenzung der Neuverschuldung sind keine Aufforderung, jährlich neue Schulden in Höhe der Investitionssumme aufzunehmen.

Ebenso wenig ist der Europäische Stabilitätspakt eine Ermunterung, Jahr für Jahr neue Schulden in Höhe von drei Prozent des Inlandsprodukts zu machen. Das dem Vertragswerk von Maastricht zugrunde liegende Stabilitätskonzept geht vielmehr von einem ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalt über einen Konjunkturzyklus hinweg aus.

Das heißt: in konjunkturell „fetten Jahren“ müssen die Gebietskörperschaften Überschüsse erwirtschaften, um über entsprechende Spielräume in den konjunkturell „mageren Jahren“ zu verfügen. Hiervon sind wir noch meilenweit entfernt.

Der Bundesfinanzminister ist ausdrücklich zu ermutigen, am Konzept der Nachhaltigkeit der Finanzpolitik und damit am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts festzuhalten. Dass dies machbar und vernünftig ist, hat die Bayerische Staatsregierung mit der Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts bewiesen.

Ein nationaler Stabilitätspakt ist eine zentrale Herausforderung für die Föderalismusreform II

Ein ausgeglichener öffentlicher Haushalt erfordert die haushaltspolitische Zusammenarbeit aller Gebietskörperschaften. Deshalb ist ein nationaler Stabilitätspakt zwingend erforderlich. Bund und Länder müssen verbindliche Vereinbarungen über die Rückführung ihrer Defizite treffen und für alle Ebenen ein „innerstaatliches Budgetüberwachungsverfahren“ einführen.

Die Bundesbank verweist auf das Vorbild der Stabilitätsprogramme und Sanktionsmechanismen des Europäischen Stabilitätspakts. Diese Anregung ist vernünftig.

Der nationale Stabilitätspakt muss verknüpft werden mit einer stärkeren Finanzautonomie von Bund und Ländern. Dann sollen die einzelnen Bundesländer selbst entscheiden, ob sie das Leistungsangebot für ihre Bürger über höhere Steuern ausweiten wollen oder nicht.

Eine umfassende Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen erfordert eine breite Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat.

Die Zeit drängt. Wenn es einer Großen Koalition nicht gelingt - dies ist eine Lehre aus den Jahren von 1966 bis 1969 - dieses Problem zu lösen, dann wird es auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.

Steuerreform für Wachstum und Arbeit

Die 2006 erzielten Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen resultieren vor allem aus einem sprunghaften Anstieg der ertragsabhängigen Steuern. Darin spiegelt sich der konjunkturelle „turn around“ wieder. Damit die konjunkturelle Erholung in einen dauerhaften und sich selbst tragenden Wachstumsprozess mündet, müssen wir die Reformen konsequent fortsetzen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärken.

Dieser Aufgabe stellen sich die Reformen der Unternehmensteuer und der Erbschaftsteuer. Sie bringen uns wichtigen gesamtwirtschaftlichen Zielen näher:

- ◆ Die Einführung einer Abgeltungssteuer macht Konten-schnüffelei überflüssig. Bei einem Steuersatz von 25 Prozent entfallen die Anreize, Ersparnisse jenseits der Grenzen anzulegen - ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland!
- ◆ Mit der Reform der betrieblichen Erbschaftsteuer wird der Betriebsübergang zwischen den Generationen erleichtert. Bis zu 50.000 Personenunternehmen stehen in den kommenden Jahren vor dem Problem, die Nachfolge zu sichern. Sehen sich diese Betriebe aus steuerlichen Gründen zu einer Aufgabe gezwungen, droht eine wachsende Arbeitgeberlücke mit fatalen Folgen für den Arbeitsmarkt. Die Erbschaftsteuerreform belegt: die Unterstützung des Mittelstands beschränkt sich nicht länger auf Sonntagsreden.
- ◆ Die Unternehmensteuerreform bringt uns entscheidend im internationalen Steuerwettbewerb voran. Mit einer nominalen Belastung von unter 30 Prozent bestehen keine gravierenden Nachteile gegenüber

konkurrierenden Standorten. Anreize zur Betriebs- oder Gewinnverlagerung aus steuerlichen Gründen entfallen. Gleichzeitig haben wir Vorsorge für die „steuerliche Waffengleichheit“ zwischen Großbetrieben und dem Mittelstand geschaffen.

Steuerentlastungen sind keine Geschenke - sie sind Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit

Jüngst war zu hören, die mit der Steuerreform anfänglich verbundene Entlastung führe zu ungerechtfertigten Steuerergeschenken für die Wirtschaft. Das wäre zu kurzfristig gedacht.

Die wichtigste unternehmerische Aufgabe ist die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und der Arbeitsplätze. Hierfür brauchen Mittelstand und Konzerne ausreichend Eigenkapital, um in der Phase der Globalisierung neue Märkte erschließen und Zukunftstechnologien finanzieren zu können.

Die Höhe der Steuersätze sagt wenig über die Ergiebigkeit eines Steuersystems aus. Die Besteuerung des Tabakkonsums in Deutschland ist ein Paradebeispiel für die fiskalische Unergiebigkeit überhöhter Steuersätze. Die gesundheitspolitische Rechtfertigung überhöhter Sätze ist auf andere Steuern nicht übertragbar. Niemandem wäre mit einer Unternehmensabschreckungssteuer geholfen.

Länder mit vergleichsweise niedrigen Steuersätzen erzielen bezogen auf das jeweilige Inlandsprodukt ein deutlich höheres Steueraufkommen. Deshalb ist dringend zu raten, die beschlossenen Eckpunkte zur Unternehmensteuerreform nicht wieder in Frage zu stellen. Unsere Unternehmen brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Dies ist entscheidend für die Investitionen von morgen und für die Arbeitsplätze von übermorgen.

Dem Arbeitsmarkt weitere Impulse geben

Die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist durchaus positiv. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt, die Zahl der Beschäftigten und der offenen Stellen nimmt zu. Es wäre jedoch vermessen zu glauben, bei der Lösung unserer Arbeitsmarktprobleme allein auf den konjunkturellen Aufschwung zu setzen.

Helmut Schmidt hat hierzu vor kurzem in der Evangelischen Akademie in Tutzing das Notwendige gesagt. Als Folge der internationalen Verflechtung der deutschen Wirtschaft betont er die prinzipiellen Grenzen nationaler Konjunkturpolitik zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme. Sein Fazit: „Die Hoffnung auf eine günstige Konjunkturauswirkung auf den Arbeitsmarkt ist naiv, denn die strukturelle Arbeitslosigkeit bleibt von der Konjunktur unberührt... Statt Konjunkturpolitik ist vielmehr Arbeitsmarktpolitik notwendig, das heißt: Deregulierung des kartellierten deutschen Arbeitsmarktes“.

Wenn Helmut Schmidt das rät, dann sind wir sicher gut beraten, über sinnvolle Möglichkeiten zur weiteren Belebung des Arbeitsmarktes nachzudenken. Tiefe Meinungsverschiedenheiten, die es dazu innerhalb der Koalition sicher gibt, sollten dabei kein Hindernis sein. Mit Denk- und Diskussionsverboten können wir den Arbeit-suchenden nicht helfen!